

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose im Freistaat Sachsen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

dem Landtag einen aktuellen Sachstands- und Maßnahmenbericht „Perspektiven für Langzeitarbeitslose im Freistaat Sachsen“ vorzulegen, in dem die von ihr getroffenen Vorkehrungen und ergriffenen Maßnahmen, um Langzeitarbeitslosen im Freistaat Sachsen neue und langfristige Perspektiven und Lebenschancen zu eröffnen, und dabei insbesondere folgende Einzelfragen und Schwerpunkte ausführlich dargestellt werden:

1. die mit dem „Operationellen Programm des Freistaates Sachsen für den ESF im Förderzeitraum 2014 bis 2020“ und weiteren seit Beginn dieser Legislaturperiode begonnenen Programmen und Pilotprojekten umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung und gezielten Förderung von Langzeitarbeitslosen im Freistaat Sachsen, den dabei jeweils verfolgten gebietsbezogenen Handlungskonzepten und Zielstellungen sowie die wesentlichen Gründe für die jeweiligen Zuwendungsformen;
2. die Verfahrensstadien, in denen sich die Maßnahmen und Pilotprojekte zugunsten von Langzeitarbeitslosen derzeit befinden und die bislang festgestellten wesentlichen Hindernisse, die deren Umsetzung entgegenstehen;

Dresden, 6. Juli 2015

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

3. die konkreten Förderrichtlinien und Verwaltungsvorschriften im Freistaat Sachsen, die u.a. die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zum Regelungsgegenstand haben und die dabei verfolgten neuen Ansätze im Hinblick auf die genannten Regelungsgegenstände;
4. die konkreten Aktivitäten und Initiativen der Staatsregierung auf Bundesebene mit der Zielsetzung, den Bund zur Auflage neuer Beschäftigungsprogramme bzw. zur Fortführung bewährter Programme und zur deutlichen Erhöhung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu veranlassen;
5. die von der Staatsregierung verfolgten Schwerpunkte und Planungen auf Bundesebene zur weiteren Ausgestaltung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik;
6. die konkrete Einbindung der Staatsregierung in die Durchführungsberichte für das Ziel „Wachstum und Beschäftigung“ nach der Durchführungsverordnung (EU) 2015/207 der Europäischen Kommission vom 20. Januar 2015 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie gemäß Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Muster für die Durchführungsberichte für das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, um in Erfüllung der dortigen Berichts- und Prüfpflichten der Mitgliedsstaaten die Interessen der Langzeitarbeitslosen im Freistaat Sachsen stärker in den Fokus zu nehmen.

Begründung:

Langzeitarbeitslose im Freistaat Sachsen dürfen nach Auffassung der einreichenden Fraktion DIE LINKE. nicht abgeschrieben werden. Nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, für den Monat Mai 2015 waren von den insgesamt 173.874 Arbeitslosen 68.200 Menschen in Sachsen länger als 12 Monate ohne Beschäftigung. Dies entspricht 39,2 Prozent aller registrierten Arbeitslosen im Freistaat Sachsen.

Der Anteil im Monat Mai 2015 im Bundesdurchschnitt betrug 37,7 Prozent. Angesichts dieser überdurchschnittlich hohen Zahlen kann man von einer „Verhärtung“ der Langzeitarbeitslosigkeit in Sachsen sprechen. Zwar sinkt die Arbeitslosigkeit insgesamt zahlenmäßig, offenbar profitieren Langzeitarbeitslose nicht in größerem Umfang von der steigenden Beschäftigtenquote. Dieser Befund ist keineswegs neu.

Der vorliegende Antrag soll daher dazu dienen, die Staatsregierung zur Vorlage eines Sachstands- und Maßnahmenberichts „Perspektiven für Langzeitarbeitslose im Freistaat Sachsen“ zu veranlassen, in dem sie umfassend ihre bisherigen und künftigen Anstrengungen zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit im Freistaat Sachsen und deren Ergebnisse gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit darlegt.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. steht der Freistaat Sachsen in der unmittelbaren politischen Verantwortung mit einem quantitativ wie qualitativ deutlich größerem Einsatz darauf hinzuwirken und gemeinsam mit dem Bund neue Möglichkeiten zu finden, damit sich künftig wieder mehr Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren können.